

## Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

An die lokalen Medien

31.10.02

Konzerthausdefizit

## Presseerklärung

Nach der prunkvollen Eröffnung des Konzerthauses mit offenbar grosszügig verteilten Eintrittskarten folgt nach wenigen Wochen bereits die Ernüchterung. Ein Defizit von möglicherweise 500.000 Euro lässt sich nicht allein mit anders kalkulierten Eröffnungstagen erklären. Eher bestätigt sich die Befürchtung der GRÜNEN, dass die Erwartungen hinsichtlich der Platzausnutzung allzu hoch gesteckt waren. Bereits im Sommer deutete sich an, dass auch die Abonnemententwicklung hinter den angestrebten Zielen zurückblieb. Berichte über schlecht besuchte Veranstaltungen weisen darauf hin, dass auch das Betriebskonzept auf den Prüfstand gestellt werden muss.

Trotz unserer Kritik an der Entscheidung für den Bau des Konzerthauses, sind auch die GRÜNEN aktuell daran interessiert, dass eine optimale Auslastung erreicht wird, um den städtischen Haushalt nicht in noch höherem Umfang zu belasten, als dies bereits der Fall ist. Den Optimismus des Kulturdezernenten, was die weitere Entwicklung angeht, teilen wir jedoch nicht. Aus unserer Sicht war davon auszugehen, dass das Konzerthaus gerade in der Eröffnungsphase aufgrund des Neuigkeitseffektes boomt. Dass schon nach wenigen Wochen – und trotz des grossen und durchaus professionellen Werbeaufwandes – ein Defizit in dieser Grössenordnung entstanden ist, bedarf dringend weiterer Aufklärung.

Falls es zu behebende Mängel gibt, müssen die Weichen unverzüglich anders gestellt werden. Angesichts der Spardebatte in allen Handlungsbereichen der Stadt wäre es unverantwortlich, über Wochen zuzusehen, wie Betriebskostenaus dem Ruder laufen und die Höhe des städtischen Zuschusses nach oben korrigiert werden muss. Das Konzerthaus darf nicht zur finanziellen Zeitbombe für den kommunalen Haushalt werden.

Von daher ist völlig unverständlich, dass der Aufsichtsratsvorsitzende der Kultur und Projekte GmbH im Einvernehmen mit dem Präsidium die Meinung vertritt, dass der Aufsichtsrat nicht unverzüglich mit der aktuellen Lage befasst werden müsse. Aus GRÜNER Sicht bedeutet das einmal mehr, dass die Kontrollfunktion des Aufsichtsrates so nicht wahrgenommen werden kann.



## Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

Da die Satzung des Gesellschaftsvertrages jedoch den Passus beinhaltet, dass auf Wunsch eines einzelnen Aufsichtsratsmitgliedes eine Aufsichtsratssitzung einberufen werden muss, wird unser Mitglied im Aufsichtsrat dieses Recht in Anspruch nehmen und den unwilligen Herrn Sauer verpflichten, entsprechend tätig zu werden.

Darüber hinaus werden wir eine Befassung in der nächsten Ratssitzung beantragen. Angesichts der Höhe des städtischen Zuschusses haben auch die Ratsmitglieder das Recht, über aktuelle Entwicklungen informiert zu werden. Das bedeutet eine ausführliche Berichterstattung über defizitäre Veranstaltungen, den Umfang der Auslastung bei verschiedenen Veranstaltungen und die jeweilige Erlössituation.

Nur mit vollständigen Informationen lassen sich – falls erforderlich - Kurskorrekturen vornehmen.